

Adenauers „Generationenvertrag“ musste in die Katastrophe führen



Von **Thomas Schmid**
Autor

Veröffentlicht am 20.11.2025 | Lesedauer: 2 Minuten



Da herrschte noch Eintracht: Konrad Adenauer (damals 75 Jahre alt) empfängt Jugendliche im Palais Schaumburg (1952)

Quelle: picture alliance/dpa/-

Friedrich Merz steht in der Rentenpolitik vor der undankbaren Aufgabe, eine folgeschwere Entscheidung des CDU-Urvaters Konrad Adenauer zu korrigieren. Der Bundeskanzler sollte dabei auf die Junge Union hören.

Jahrzehntelang war die Junge Union für viele eine willkommene Zielscheibe von Spott und Häme. Sie galt als Verein angepasster, ja frühvergeisterter Ja-Sager und Streber, die nur nach oben wollen. Und die niemals die süße Frucht der Rebellion gekostet hätten. Nun stellt sich ein Teil der christlich-demokratischen Nachwuchsorganisation in der Rentenfrage freundlich, aber erstaunlich unnachgiebig gegen ihren Parteivorsitzenden. Doch auch das scheint wieder nicht recht zu sein. Die oppositionelle Standfestigkeit der Jungen wird vorrangig als Schwäche des Kanzlers gedeutet.

Tatsächlich verweist die ungewohnte Widerborstigkeit der JU auf eine alte Ursünde hin. Für sie ist niemand anders verantwortlich als Konrad Adenauer (CDU), der Gründungskanzler der Republik. Dieser neigte zum Pessimismus und misstraute, aus guten historischen Gründen, den Deutschen zutiefst. Er hielt sie für verführbar und wenig demokratietauglich. An das, was die Amerikaner „re-education“ nannten, glaubte er auch nicht. Wohlsein und Wohlstand hielt er für die besten Mittel, sein Volk demokratiekompatibel zu machen.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 1957 griff Adenauer, bisher ein an Innenpolitik kaum interessierter „Außenkanzler“, mit ungewohnter Entschiedenheit in die Sozialpolitik ein. Auf Anraten seines Sohnes Paul, eines sozialpolitisch engagierten Geistlichen, befasste er sich mit der Rentenfrage. Und setzte eine geradezu revolutionäre Rentenreform durch. Die Renten wurden fortan aus den laufenden Sozialversicherungsbeiträgen finanziert. Und zwar „dynamisch“, was hieß: steigend. Das war – bei wachsender Wirtschaft und Babyboom – eine Zauberformel. Bei der Bundestagswahl wurde Adenauer reichlich belohnt: Die Union erzielte mit 50,2 Prozent die absolute Mehrheit. Von dem erbitterten Widerstand, den Wirtschaftsminister Erhard, die FDP und mehrere Verbände der Reform entgegenbrachten, ließ sich Adenauer nicht beeindrucken.

Die erhabene Formel vom „Generationenvertrag“ führt in die Irre. Generationen können keine Verträge schließen, ungeborene schon gar nicht. Tatsächlich musste das Umlageverfahren zur Finanzierung der laufenden Renten bei steigender Lebenserwartung, sinkenden Geburtsraten und wenig Wirtschaftswachstum auf Dauer mit naturgesetzlicher Logik in die Katastrophe führen.

Wenn die Junge Union – im Gegensatz zu den Jusos und der Linksjugend – nicht mehr bereit ist, das rentenpolitische Durchwursteln hinzunehmen, dann rebelliert sie gegen den CDU-Urvater Konrad Adenauer. Zurecht. Denn dieser hatte 1957 die Sicherung seiner aktuellen Macht, nicht aber die Zukunft im Auge. Friedrich Merz steht nun vor der gleichermaßen wichtigen wie undankbaren Aufgabe, Adenauer zu korrigieren. Und dabei auf die JU zu hören.

